Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ver- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.
für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Bei gerichtlich Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filiale-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 88. Freitag 29. März 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Zu dem sog. „Fall Käser" ist nunmehr ein Bescheid des sächsischen Kultusministeriums erfolgt. (S. Leipz. Angel.)

* Die Aussperrung der Leipziger Holzarbeiter tritt am 1. April in Kraft, da die Arbeitnehmer den Unternehmertarif nicht anerkennen. (S. Letzte Lokalnachrichten.)

* Zur Frage der Schiffahrtsabgaben liegen neue, sich aber widersprechende Meldungen vor. (S. Dtschs. R.)

* Es bestätigt sich, daß die Schauerleute im Hamburger Arbeitskampf neue Verhandlungen mit den Arbeitgebern beginnen, die geeignet sind, dem Kampf ein Ende zu machen. (S. Dtschs. R.)

* Die Gesuche mehrerer der im Zusammenhang mit dem polnischen Schulstreik von preußischen Gymnasien verwiesenen Schüler um Aufnahme in bayerischen Gymnasien sind abschlägig beschieden worden.

* Infolge des überraschenden Aufschwunges im Katanga-Gebiet in Deutsch-Ostafrika ist angeregt worden, ob die Führung einer Bahnlinie von der Zentralbahn, etwa von Kilossa oder Mpuapu aus, nach der Südspitze des Tanganjika-Sees in Aussicht zu nehmen sei. (S. Letzte Tep.)

* Handelsminister Kossuth ist erkrankt. (S. Ausl.)

* In Amerika droht ein großer Eisenbahner-Ausstand. (S. Ausl.)

Karfreitags-Epistel.

Lieber Leser,

so wisse denn, daß der Berufspolitiker ein verhärtetes Gemüt zu besitzen und wenig auf Gefühle zu geben pflegt. Denn siehe, es ist die Politik ein Geschäft geworden. Manche sagen, sie sei es immer gewesen. Dann hat sie sich vordem jedenfalls nicht so offenherzig gezeigt wie heutzutage, im Zeitalter der Interessenvertretungen. Item und trotz des Artikels der Verfassung, worin geschrieben steht: „Die Mitglieder des Reichstags sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden" — ist der Reichstag zum größten Teil eine Versammlung von Klassenvertretern. Die Konservativen sorgen für die Landwirtschaft, die Wirtschaftliche Vereinigung für den Teil des Volkes, den sie Mittelstand nennt, die Polen für die Polen, das Zentrum für die Katholiken, die Sozialdemokraten für die Genossen. Und nur der eine Teil, der noch nicht genannt ist, der Liberalismus in allen seinen Fraktionen, darf sich noch auf den Artikel 29 berufen. Vielleicht eröffnet Dir dieser Gedankengang auch das Verständnis für die großen Schwierigkeiten, die gerade den liberalen Parteien aus dieser Konstellation erwachsen. Schwierigkeiten bei der Wahl, da ihre Anhänger in allen sozialen und religiösen Lagern zerstreut hausen, Schwierigkeiten bei der Legislatur, denn sie haben das Wohl des Volkes und nicht dieser oder jener Klasse wahrzunehmen. Und wie die Liberalen in wirtschaftlichen Fragen auch stimmen mögen, sie werden immer nur einen Teil ihrer Wähler zufrieden stellen können.

Diese Tatsachen mögen betrüben, aber sie sind da und verlangen Berücksichtigung. Deshalb zwingt die Erfahrung, die politischen Dinge mehr mit dem Kopfe als mit dem Herzen zu treiben. Aber doch nicht nur mit dem Kopfe. Die ganz Großen unter den Politikern, die, so den Namen Staatsmänner verdienen, haben stets neben dem Wägbaren des Unwägbare bedacht. Und gerade darin bestand ihre Größe, daß sie auch die Imponderabilien richtig zu schätzen verstanden. Denke an Bismarck. Bei all seiner großen Begabung für das Faktische, bei seiner stets bewiesenen Gepflogenheit, von dem Gegebenen auszugehen, hat er seine Riesenerfolge doch immer dadurch erreicht, daß er auch auf die Seele zu wirken verstand. Ohne die kluge Schonung der Einzelstaaten — kein fest gefügtes Deutsches Reich. Er war der feinste Kenner, der intuitive Erfasser der Ideale seines Volkes. Erst das machte ihn zu dem Herkules, dem es gelang, der Hydra der deutschen Zwietracht die Köpfe abzuschlagen. Und seinesgleichen hat die deutsche Nation nicht mehr aufzuweisen. Fürst Bülow hat es sich verbeten, mit dem ersten Kanzler verglichen zu werden. Also ohne alle Pendants: es will scheinen, als ob der Kanzler das Empfinden des Volkes nicht in sich selbst pulsieren fühle. Dafür gibt es keinen treffenderen Beweis als seine Auffassung des verflossenen Wahlkampfes. Mit allen Mitteln sträubte er sich dagegen, gegen den ultramontanen Geist zu Felde zu ziehen. Er wollte mit Gewalt die Einzelerscheinungen des Dezemberzwistes in den Mittelpunkt des Kampfes stellen. Und wäre doch ohne den lange aufgespeicherten Groll gegen das Zentrum elendiglich unterlegen. Er scheint sich aber auch jetzt noch, aus diesen aller Welt offenkundigen Erfahrungen die Nutzanwendungen zu ziehen. Seine überdiplomatische Zurückhaltung in dem Streit um die fachmännische Schulaufsicht in Preußen zeigt das zur Genüge. Der nationalliberale Abgeordnete Schiffer hat das mit aller Deutlichkeit in Duisburg, im Verein der nationalliberalen Jugend, gesagt:

„Es ist gar nicht von der Hand zu weisen, daß, wenn der Zustand so bleibt, wie er im Augenblick ist, die Blockpolitik im Reiche gesprengt ist. Zwischen dem Reich und Preußen besteht ein Verhältnis, das es unmöglich macht, daß in dem einen Gebiete eine liberale und in dem anderen eine ultramontane Politik getrieben wird. Ist es möglich, daß der Liberalismus im Reiche den Karren aus dem Sumpfe fährt und in Preußen sich an die Wand drücken läßt? Nach der ersten Rede des Ministers Studt wäre es Pflicht des Reichskanzlers, des preußischen Ministerpräsidenten, gewesen, den Redaktionsstift in die Hand zu nehmen. (Zustimmung.) Er hätte wenigstens am zweiten Tage den Platz am Ende der Ministerbank einnehmen und die Sache in andere Bahnen lenken können. Das ist nicht geschehen und wird sich schwer rächen."

Und Herr Schiffer ist kein Heißsporn, nicht einmal einer vom linken Flügel des nationalen Liberalismus. Daß die unbehagliche, aber zurzeit notwendige Blockpolitik gesprengt ist, soll trotzdem noch nicht gelten. Ihre Gefährdung aber ist sicher. Und die Gefahr kommt von der Regierung selbst, die sich zwar die antiultramontane Wahlbewegung gern hat gefallen lassen, aber nichts tut, um den Nothelfern entgegenzukommen. Das war gemeint mit dem Mangel an Gefühl für das Empfinden des Volkes. Es mag sein, daß Herr von Studt ein erledigter Mann ist. Dann darf er erst recht nicht die Verständigung zwischen der Regierung und dem liberalen Teil des Blockes hindern.

Die Weihe des Karfreitags gibt nicht nur dem zu sinnen, der sich täglich seines Christentums bewußt ist. Die Bekenner und die Leugner, die Unsicheren und die Sucher, die Herrenmoralisten und die Utopisten, sie alle sehen im heutigen Tage die Macht einer gelebten Idee offenbar werden. Weil Jesus von Nazareth seiner Idee lebte und starb, wurde er Christus. Und wer in der Politik seinen Zielen nicht mit allen Kräften nachstrebt, wer sie nur mit klugem Kopf verfolgen, sich selbst aber in kühler Reserve halten will, der mag Augenblickserfolge erringen, sich auch selbst trefflich nützen, er wird aber seiner Zeit kein Gepräge geben und seinem Volke nicht wesentlich weiter helfen. Deshalb wünsche mit mir, daß dem deutschen Volke immer Persönlichkeiten als Führer im politischen Leben erstehen, die große Gedanken, große Ziele, hohe Ideale haben, die bei hohem Flug des Geistes doch die Realitäten des Lebens zu erfassen wissen. Vor allem aber wünsche, lieber Leser, daß es Männer sind, die ihre Politik auch mit dem Herzen treiben.

Politicus.

Richtervereine.

Der Zusammenschluß der Richter zum Zweck der Hebung ihres Standes wird von Landgerichtsrat Kade-Berlin in der neuesten Nummer der Soergelschen Rundschau für den deutschen Juristenstand „Das Recht" erörtert. Kades Ausführungen sind um so bemerkenswerter, als sie auch Mitteilungen tatsächlicher Art über die bevorstehende Gründung eines preußischen Richtervereins enthalten. Bisher gab es in Deutschland außer kleineren, meist geselligen Richtervereinigungen nur in der Rheinprovinz und im Großherzogtum Hessen Richtervereine größeren Stils. In der zweiten Hälfte des Jahres 1906 aber schloß sich fast der gesamte Richterstand Bayerns zu einem Richterverein zusammen, zunächst mit dem erklärten Ziel, eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, und in Oesterreich sollte in diesen Märztagen die Errichtung eines österreichischen Richtervereins stattfinden. Unabhängig von diesen Bewegungen sind in Preußen, der weiteren Oeffentlichkeit bis jetzt nicht bekannt, Ansätze zur Bildung eines allgemeinen Richtervereins hervorgetreten. Seine Aufgabe wird dahin umschrieben, daß er „das Gefühl der Standeszusammengehörigkeit beleben, Standesfragen und gesetzgeberische Vorschläge erörtern und zu bestimmten Leitsätzen ausgestalten, die verschiedenfachen Gerichtsbräuche nach Möglichkeit vereinheitlichen, ungerechte Angriffe gegen den deutschen Richterstand abwehren und begründeten nachgeben, um vorhandenen Mißständen innerhalb Abhilfe zu verschaffen, schließlich in jeder Weise sich bestrebe, eine engere Fühlung zwischen Volk und Richtern zu erreichen und das allgemeine Verständnis von Rechtssachen zu heben." — Diese Anläufe zur Bildung eines preußischen Richtervereins „sind im preußischen Abgeordnetenhause als „illoyal" und als schädlich für das Ansehen des Richterstandes bezeichnet worden (von freikonservativer Seite.). Landgerichtsrat Kade steht auf einem durchaus entgegengesetzten Standpunkte. Er macht vor allem geltend, daß eine Richtervereinigung, nachdem die preußische Regierung die Einführung der Dienstaltersstufen und die Gleichstellung der Richter mit den Regierungsbeamten beschlossen hat, wesentlich idealen Zielen nachgehen könne. Kade beruft sich in dieser Hinsicht auf den Entwurf zu einem Rundschreiben an die preußischen Richter, der die Aufgaben eines preußischen Richtervereins ähnlich umschreibt, wie es oben geschehen ist, und ausdrücklich die innere und die äußere Hebung des gesamten Richterstandes als Vereinszweck bezeichnet. Die Vorkämpfer für den Gedanken, einen preußischen Richterverein zu begründen, dürfen auf eine amtliche Unterstützung ihres Vorhabens verweisen. Und zwar ist es kein geringerer, als der österreichische Justizminister Klein, der sein Einverständnis mit der Bildung einer „Vereinigung österreichischer Richter" ausgesprochen hat. Minister Klein selbst setzte die Redaktion der Zeitschrift „Das Recht" davon in Kenntnis, indem er ihr eine Abschrift der Antwort zustellte, die er auf die Einladung zur Teilnahme an der zu begründenden Versammlung des österreichischen Richtervereins erteilt hat. Darin heißt es: „Wenn zum Entstehen Ihrer Vereinigung die Ueberzeugung beigetragen hat, daß die .. Wandlungen unseres gesamten Lebens .. mit der Zeit auch die Rechtspflege-Einrichtungen ergreifen müssen .. so begrüße ich Ihre Vereinigung vor allem deshalb, weil die gewichtige Stimme der Richter bei diesen Umbildungen nicht fehlen darf und das Werk durch Ihre Mitarbeit gewiß aufs beste gefördert werden wird. Jedenfalls bringe ich Ihrem Verbande aufrichtiges Interesse entgegen. .. Für Sie wie für mich stehen allerdings die Pflichten gegen Staat und Bevölkerung in erster Reihe und bei Aenderungen, sei es im inneren Justizorganismus, sei es in der Art und Weise der Rechtspflege, wird daher nur das in Betracht kommen können, was mit jenen Pflichten vereinbar ist und zugleich der Gesamtheit und den einzelnen Rechtsuchenden Vorteil und Verbesserung bringt. Die Redaktion des „Rechts" tritt ihrerseits nachdrücklich für die Gründung von Richtervereinen ein und betont dabei namentlich, daß die Richtervereine am besten die Vorwürfe vom Klassengeiste und von der Parteilichkeit der Rechtspflege widerlegen werden.

Das Schlachtschiff der Zukunft.

Von Graf von Reventlow.

Vor kurzem hat der Chef des bekannten Hauses Mr. Vickers in einer viel bemerkten Rede über den Schlachtschifftyp der Zukunft gesprochen und dabei Gedanken entwickelt, welche die höchste Aufmerksamkeit verdienen. Mr. Vickers hat schon vor einigen Jahren die Rolle des Propheten gespielt, als er beim Stapellauf eines englischen Kreuzers sagte, dieser werde der letzte seiner Art sein und in Zukunft an Stelle der bisherigen Panzerkreuzer ein Typ treten, welcher bei überlegener Geschwindigkeit ganz oder beinahe ebenso starke Gefechtskraft erhalte, wie gleichzeitige Schlachtschiffe. Damals hielt man es für übertrieben, seit einem halben Jahr wissen wir aber, daß Vickers eine Entwickelung andeutete, deren Ziel er schon greifbar sah, nämlich die englische Invincible-Klasse, deren erstes Schiff die „Indomitable" vor kurzer Zeit von Stapel lief. Deswegen muß man auch seine jetzigen Andeutungen als wichtig ansehen. Das Zukunftsschlachtschiff soll vor allem den Unterschied gegen die bisherigen aufweisen, daß es anstatt der bisherigen Dampfmaschine einen Gasmotor erhält. Diese Motoren sind bekanntlich schon lange auf kleineren Fahrzeugen üblich, und ihre Vorzüge in allen Marinen bekannt. Technische Schwierigkeiten verhindern bis jetzt noch ihre Anwendung auf großen Schiffen, und im vergangenen Winter wurde es auch in England als ein sehr bemerkenswertes Ereignis betrachtet, als ein kleines Torpedo-Motorboot mit ausgezeichnetem Erfolge seine Probefahrten erledigte; dasselbe ist von der Admiralität übernommen worden, und man kann kaum bezweifeln, daß es bald eine große Anzahl von Nachfolgern erhält, welche der inneren Hafen- und Küstenverteidigung dienen werden. Sollte es nun in der Tat gelungen sein, daß in absehbarer Zeit — Vickers gab drei Jahre an — der neue Motor so weit entwickelt ist, um auf großen Schlachtschiffen zur Anwendung zu kommen, so würde das in der Tat eine Umwälzung von großer Tragweite bedeuten. Zunächst erwächst daraus eine außerordentliche Ersparnis an Raum und Gewicht. Die gesamten Kesselanlagen würden fortfallen und im Verhältnis zu den jetzigen Kohlenmassen, welche jedes Schiff mit sich führen muß, nur ein Minimum an Feuerungsmaterial erforderlich sein. Die Ersparnis am Gewicht würde sich im Ganzen vielleicht nach Tausenden von Tonnen berechnen. Das allein ist schon ein Vorteil, der gar nicht hoch genug angeschlagen werden kann. Ganz abgesehen von der Verminderung des bis jetzt immer komplizierter gewordenen Maschinen- und Kesselbetriebes, abgesehen ferner davon, daß die Geschwindigkeit eine verhältnismäßig bedeutend höhere sein wird, gestattet die Gewichts- und Raumersparnis eine ganz erhebliche Erhöhung der Offensiv- und Defensivstärke, ohne gleichzeitig das Deplacement zu vergrößern. Die jetzigen Riesenschiffe sind aus dem Streben hervorgegangen, eine möglichst hohe Kampfkraft auf einem einzigen Schiff zu konzentrieren und seitdem England auf diesem Wege vorangegangen ist, muß jede Marine folgen, welche überhaupt daran denkt, qualitativ für voll gerechnet zu werden. Daß aber diese großen Deplacements ihre Nachteile haben, darüber ist man sich nirgends, auch in England, nicht unklar. Besonders die Aussicht eines noch weiteren Wachsens der Schiffsgrößen auf 20 000 bis 22 000 Tonnen, wie in den Vereinigten Staaten und Japan, hat in England Beunruhigung erzeugt. Man fragt sich, wohin das führen soll und sieht mit Besorgnis dem Zeitpunkt entgegen, wo alle Hafen-, Werft- und Docklagen nicht mehr ausreichen, außerdem in den engen europäischen Gewässern die navigatorische Frage für diese Riesen immer schwerer lösbar wird. Ein Gasmotoren-Schlachtschiff würde aber unter Umständen sogar eine kleine Deplacementsherabsetzung gestatten, jedenfalls bis auf weiteres, eine Größensteigerung über 20 000 Tonnen hinaus nicht erforderlich machen. Bei den ungeheuren Schiffsbauanlagen in den englischen Häfen ist vom Kostenstandpunkt betrachtet die Frage der Erweiterung der Neuanlagen von Docks usw. eine viel schwerer wiegende als die, ob das Schiff an und für sich ein paar Millionen Mark mehr kostet. Freilich haben in die Engländer in dieser Hinsicht immer vorausschauender gearbeitet als wir, und wie würde man dort bei Anlage eines Kanals so nach Art des kleinen Mannes gespart haben, wie wir beim Nordostseekanal, dessen Erweiterung ja jetzt einige hundert Millionen Mark kosten wird. Aber trotzdem ist die Perspektive für den englischen Steuerzahler sehr beunruhigend, wenn das bisherige Wachsen der Deplacements in schnellem Tempo weiter gehen sollte.

Das Gasmotorenschiff wird vor den mit Kohlen gespeisten auch den Vorzug einer seit der Segelschiffzeit nicht dagewesenen Unabhängigkeit von Stützpunkten haben. Am meisten in die Augen fallen aber die taktisch-militärischen Vorteile. Zunächst verschwinden die Schornsteine und, wie gesagt, die Kesselanlagen. Die Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges haben gezeigt, daß gerade Schornsteine außerordentlich oft von Geschossen getroffen wurden; infolgedessen beschränkte sich die Geschwindigkeit der Schiffe verschiedentlich auf ein Minimum. Man mußte mit künstlichem Zug fahren und der Kohlenverbrauch wuchs ins Enorme. Ist es nun auch denkbar und wahrscheinlich, daß man in den verschiedenen Marinen schon jetzt die Einrichtungen für künstlichen Zug entsprechend vervollkommnet, so wird doch das Zerschießen der Schornsteine ein sehr unangenehmes Ereignis sein; außerdem vergrößern sie die Scheibe für den Feind. Schließlich bilden auch die Kessel, mögen sie auch unter der Wasserlinie liegen, einen Gefahrherd. Der Hauptpunkt ist aber, daß durch Wegfall von Kessel und Schornsteinen Platz für Einbau großer Geschütztürme geschaffen wird und ferner die Schornsteine nach Wegfall der Schornsteine nicht mehr den Bestreichungswinkel der in den mittleren Teilen aufgestellten Geschütze behindern. Jetzt verursacht die Aufstellung einer größeren Anzahl schwerer Geschütztürme die allergrößten Schwierigkeiten, und man ist gezwungen, entweder auf größere Bestreichungswinkel Verzicht zu leisten, oder aber einige Türme an den Seiten des Schiffs anzuordnen, die dann aber nur nach der einen Seite schießen können. Wird nun in der Mittschiffslinie, oder nahe derselben, oben das Deck frei für die Geschütze und ist Platz für die Fortsetzungen der Türme nach unten, so kann, wie übrigens schon Mr. Vickers andeutete, die gesamte schwere Artillerie nach jeder Breitseite feuern. Bei der „Dreadnought" ist das nicht möglich; sie hat zehn 30,5 Zentimeter-Geschütze und von diesen sind acht nach einer Breitseite verwendbar; auf einem ebenso armierten Gasmotorenschiff würden alle zehn nach der Breitseite feuern können, die Kampfkraft des Schiffes also ohne zahlenmäßige Erhöhung der Artilleriebewaffnung ganz erheblich verstärkt sein.

Wir müssen uns vor der Hand mit diesen wenigen Andeutungen begnügen, aber auch sie gestatten einen Ausblick. So weit bekannt ist, denkt man in der deutschen Marine noch nicht so weit, hoffentlich geben aber die englischen Pläne einen Antrieb, damit wir nicht wie bisher stets nachhelfen, sondern womöglich zuvorkommen. Unsere Technik ist doch hoch genug ausgebildet, um ihre eigenen Wege zu gehen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 29. März.

* **Bundesrat.** Der „Reichsanzeiger" berichtet über die letzte Sitzung des Bundesrats noch, daß die bereits erfolgte Ueberweisung des Antrages Bayerns, Württembergs und Badens betreffend die Entschädigung an Schöffen und Geschworene für die Zeitversäumnis an die zuständigen Ausschüsse die Zustimmung der Versammlung fand.

* **Zur Frage der Schiffahrtsabgaben** will eine oft gut orientierte Berliner Korrespondenz folgendes erfahren haben: „Das vom Reichskanzler erforderte Gutachten des Reichsjustizamtes kommt zu dem Schluß, daß ohne Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen, auch den vertieften oder sonstwie verbesserten, unzulässig sei. An den Bundesrat und den Reichstag wird deswegen eine entsprechende Vorlage zur Abänderung der Verfassung gebracht werden, jedoch nicht mehr in dieser Session. An der Annahme der Vorlage in beiden Körperschaften wird in unterrichteten Regierungs- und parlamentarischen Kreisen nicht gezweifelt. Auch die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden ausländischen Staaten behufs Aenderung der Elb- und Rheinschiffahrtsakte rücken keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten." — Damit schient eine Meldung der „National-Zeitung" übereinzustimmen; sie lautet: „Die württembergische Regierung hat ihren bisherigen ablehnenden Standpunkt gegen die Schiffahrtsabgaben aufgegeben und wird aus volkswirtschaftlichen und finanziellen Gründen im Bundesrat dafür stimmen." Dem widerspricht aber unser Gewährsmann, dem wir die Meldung vom letzten Dienstag mit dem Hinweis auf die ablehnende Haltung des Auswärtigen Amtes verdanken. Er schreibt zu den Ausführungen einiger preußischer Blätter, daß die Schwierigkeiten mit dem Ausland natürlich vorausgesehen worden seien. Dieser Einwand ist nur zum Teil richtig: sie sind vorausgesehen, aber dabei bedeutend unterschätzt worden, und vor allen Dingen hatte man sich nicht darauf gefaßt gemacht, daß von den drei nächstbeteiligten Reichen zwei sich so entschieden ablehnend verhalten würden: Frankreich und Oesterreich-Ungarn. Dadurch stellte sich nämlich heraus, daß die Anstrengungen, die die Ueberwindung des Widerstandes erfordern würden, in einem schlechten Verhältnis zu den Früchten stehen könnten, besonders wenn man die Erbitterung mit in Betracht zieht, die das Projekt in den nichtpreußischen Bundesstaaten hervorgerufen hat. Und diese Erbitterung würde in den nichtpreußischen Staaten bei den beteiligten Kreisen noch auf das heftigste gegen die Regierungen dieser Staaten werden, wollten sie wirklich, wie z. B. die württembergische, preußischen Wünschen nachgeben.

* **Aus der Diplomatie.** Ein Telegramm aus Tokio meldet: Der bisherige deutsche Geschäftsträger Botschafterrat von Eckert reist am 29. März über Sibirien nach der Heimat. Die Presse erkennt als seine erfolgreichste Tätigkeit die Besserung in den deutsch-japanischen Beziehungen an. Vom Kaiser ist ihm das Komturkreuz des Ordens der aufgehenden Sonne verliehen worden. Die Minister des Krieges, der Marine und des Aeußeren und das Präsidium und die bedeutendsten Mitglieder des Parlaments gaben ihm zu Ehren eine Abschiedsfeier.

* **Zur Reform der sächsischen Ersten Kammer** wird in der amtlichen „Leipz. Ztg." geschrieben: „Durch die Tagesblätter läuft die Mitteilung, daß der Oberbürgermeister Beutler in einer Vorstandssitzung des Dresdner konservativen Vereins vorgeschlagen habe, die Zahl der Mitglieder der Ersten Ständekammer um 12 zu vermehren, und weite Kreise scheinen anzunehmen, daß der Oberbürgermeister Beutler einen derartigen Vorschlag nicht ohne vorherige Fühlung mit der Regierung gemacht haben könne. Eine solche Fühlung hat, wie wir zuverlässig erfahren, nicht stattgefunden. Die Regierung steht dem Beutlerschen Vorschlage völlig fern." — Dies ganz schon aus der vor wenigen Tagen von uns veröffentlichten Notiz über die Stellung der sächsischen Regierung zur Wahlreform der Ersten Kammer hervor, entgegen den Ausführungen anderer Leipziger Blätter, die besser orientiert zu sein meinten. Uebrigens wird Oberbürgermeister Beutler am 5. April im Dresdner konservativen Verein über das Thema „Einiges auf das Parteiprogramm und seine Ergänzung bezügliche Fragen" sprechen und dabei voraussichtlich seine Vorschläge zur Reform der Ersten Ständekammer erörtern. Die Versammlung wird öffentlich sein.

b. **Unsere Militärattachés.** Wir haben jetzt einen Militärbevollmächtigten und 13 Militärattachés. Der Militärbevollmächtigte befindet sich in Petersburg, die Militärattachés sind den kaiserlichen Missionen in Bern, Brüssel, Bukarest, Konstantinopel, London, Madrid, Paris, Peking, St. Petersburg, Rom, Tokio, Washington und Wien beigegeben. (In München haben wir den einzigen Militärattaché im Inlande.) Selbstverständlich können unsere ausländischen Militärattachés beiweitem nicht mit ihren Gehältern auskommen. Sie erhalten daher ganz beträchtliche Zulage. Der Militärbevollmächtigte in Petersburg bezieht eine Zulage von 24 000 ℳ, ein Attaché eine solche von 18 000 ℳ.

SLUB
Wir führen Wissen.